

10. September 2018: Sitzung des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung  
TOP 1a (Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs)

**Sicherheit im Straßenverkehr**

Bericht Eveline Lämmer, Vorsitzende des LSBB

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete,  
sehr verehrter Herr Senator Geisel,

die Mitglieder des LSBB haben sich sehr umfänglich mit dem Thema „Sicherheit im Straßenverkehr“ befasst und ihre Schlussfolgerungen, Anregungen aber auch Forderungen für Sie zusammengestellt.

Wir haben Sie ihnen schriftlich übergeben und gemailt.

Bereits 2014 hat der LSBB zum Thema „Sicher mobil im Alter“ einen Flyer veröffentlicht. Darin erhielten ältere Menschen Anregungen und Empfehlungen zu verkehrssicherem Verhalten.

Wir hatten uns in den vergangenen Monaten auch sehr intensiv in die Diskussionen zum Mobilitätsgesetz eingebracht und befassen uns jetzt mit dem Baustein „Fußgesetz“.

Diese Anhörung ist für uns noch mal eine zusätzliche Möglichkeit auf das Thema Einfluss zu nehmen und Sie für die besondere Situation von Senio\*innen im Straßenverkehr zu sensibilisieren.

Außerdem werden wir unserer beratenden Funktion entsprechend Seniorenmitwirkungsgesetz § 7 gerecht. Danke für die Einladung.

Ich möchte zunächst klarstellen, dass die ca. 912.000 Senior\*innen dieser Stadt ganz normal am Straßenverkehr teilnehmen. Sie sind Fahrer oder Beifahrer, Radfahrer zunehmend auch mit Pedelec, (Elektrofahrrad) als Fußgänger unterwegs, als Fußgänger mit sichtbarer Gehhilfe, mit Rollator oder Rollstuhlnutzer, zunehmend selbstfahrend, multimodal, (tatsächliche Nutzung unterschiedlicher Verkehrsmittel in einem bestimmten Zeitraum) als Fußgänger und ÖPNV Nutzer, oder einfach ohne eigentliches Ziel, um sich im öffentlichen Raum aufzuhalten.

Es gibt Menschen mit Einschränkungen im Alter. Dazu zählen verminderte Wahrnehmungsfähigkeit der Augen, des Hörvermögens, verminderte Informationsverarbeitung und Koordination, eingeschränkte Motorik. Eine Medikamenteneinnahme kann sich ebenfalls nachteilig auswirken.

Alles ist sehr individuell und nicht einem bestimmten Alter zu zuschreiben.

Wir wissen, dass viele ältere Menschen Angst haben am Straßenverkehr teilzunehmen. Sie haben Befürchtungen auf dem Gehweg von einem Radfahrer angefahren zu werden, Angst zu stürzen. Ein Sturz kann im Alter ganz besondere fatale Folgen haben. Sie haben Angst nicht schnell genug über die Kreuzung zu kommen.

Der Straßenverkehr wird immer schneller und effizienter. Dem gegenüber stehen zunehmend heterogene Menschen, die sich in unterschiedlicher Geschwindigkeit

10. September 2018: Sitzung des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung  
TOP 1a (Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs)

### **Sicherheit im Straßenverkehr**

Bericht Eveline Lämmer, Vorsitzende des LSBB

(Es gilt das gesprochene Wort.)

fortbewegen. Es besteht die Gefahr, dass sie sich selbst ausgrenzen, weil sie sich den Anforderungen nicht mehr gewachsen sehen.

Sie verbleiben in den Wohnungen, verlieren den Zugang zum gesellschaftlichen Leben, vereinsamen, werden krank, oder benötigen Betreuer und Helfer für ihren täglichen Einkauf.

Mobilitäts-Betreuungs- und Begleitdienste, ambulante Hauswirtschaft- und Krankenpflege können den Bedarf schon aktuell nicht abdecken.

Wenn diese ambulanten Dienste mit Auto unterwegs sind, tragen sie gleichzeitig zur Verstärkung des Wirtschaftsverkehrs bei.

Die Lösung des Problems besteht aber nicht darin, den Senior\*innen die Schuld für ihre Situation zu zuschreiben.

Im Zusammenhang mit den medialen Veröffentlichungen von Senior\*innen als Unfallverursacher hört man Auffassungen wie die müssen sich nur richtig und angepasst verhalten, sollen sich möglichst gar nicht im öffentlichen Raum aufhalten, schon gar nicht bei widrigen Witterungsverhältnissen oder wenn überhaupt nur bei Tageslicht.

Diesen Auffassungen treten wir vehement entgegen.

Mobilität ist eine entscheidende Voraussetzung für aktives Mitwirken und verhindert die Ausgrenzung.

Außerdem ist die Verursachung von Unfällen durch Senior\*innen statistisch signifikant als besonders herausragende Konstellation nicht belegbar.

Zur Lösung des Problems schlagen wir folgende Maßnahmen vor (Einige Beispiele):

- Wir brauchen eine bessere Beleuchtung von Gehwegen und Parkflächen.
- Zunehmendes Problem auf den Gehwegen sind die Flächenkonkurrenzen.
- Lastenräder, Leihräder und E-Roller nehmen deutlich zu.
- Gehwege müssen in erster Linie für Fußgänger\*innen und mobilitätsbeeinträchtigte Menschen ein sicherer Ort sein.
- Rollstuhlfahrer\*innen, Rollator-Nutzer\*innen, Eltern mit Kinderwagen haben das Recht den Gehweg gefahrlos zu nutzen.
- Dazu muss in der Straßenverkehrsordnung eindeutig geregelt werden, dass alle Fahrzeuge ausschließlich die Straße nutzen (ausgenommen Rollstühle, Rollatoren, Kinderwagen; Kinderfahrräder).
- Radwege, die sich auf Gehwegen befinden, sind zu entfernen.

10. September 2018: Sitzung des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung  
TOP 1a (Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs)

**Sicherheit im Straßenverkehr**

Bericht Eveline Lämmer, Vorsitzende des LSBB

(Es gilt das gesprochene Wort.)

- Risiken durch saisonbedingte Witterungswechsel müssen ausgeschlossen werden. Die Qualität des Belages der Fußwege entscheidet über die Rutschgefahr.
- Wir schlagen eine Entschleunigung des Verkehrs vor. Dies führt nicht automatisch zur Verlangsamung. Denn langsamer ist schneller und vor allem sicherer.
- Gebraucht werden mehr Mittelinseln, die die Straße teilen, damit ein gefahrloses Überqueren von größeren Straßen möglich wird.
- Es sind Voraussetzungen zu schaffen, mit denen Fußgänger ohne Umwege und nicht erst über drei Übergänge zur Haltestelle gelangen können.

Weitere Forderungen finden sie im überreichten Material.

**Aber eigentlich helfen keine besonderen Maßnahmen, wenn es nicht gelingt alle Verkehrsteilnehmer\*innen gleichberechtigt zu behandeln und ein Bewusstsein der gegenseitigen Rücksichtnahme und Achtung der Menschen untereinander zu fördern.**

**Das erste ist unserer Auffassung nach machbar.**

**Die Realisierung der Bewusstseinsänderung wird schwieriger und bedarf langfristiger, kontinuierlicher alters- und ressortübergreifender Präventionsarbeit.**

Eveline Lämmer

LSBB Vorsitzende